



Von Günter Born

Die Alte Synagoge Essen

Gedenkstätten in NRW – Teil 7

Der 25. September 1913 war für die jüdische Gemeinde in Essen ein besonderes Datum. An jenem Tag wurde am Steeler Tor die seit langem erwartete repräsentative Synagoge eingeweiht. Das jüdische Gotteshaus verknüpfte Jugendstilelemente mit Bezügen zu christlicher Kirchenarchitektur sowie orientalisches anmutenden Formen.

Das weithin sichtbare in der Innenstadt gelegene Gebäude verwies auf einen weit verbreiteten Zukunftsoptimismus unter den 3.500 in Essen lebenden Juden, die sich im Zuge ihrer rechtlichen Emanzipation seit dem 19. Jahrhunderts zunehmend als Bürger der städtischen Gesellschaft definierten. Die Synagoge brachte zweierlei zum Ausdruck: Zum einen sollte das Gebäude das Bekenntnis zu einer dauerhaften jüdischen Kultur in Deutschland symbolisieren. Zum anderen unterstrichen die Größe und der zentrale Standort des Hauses die Hoffnung, gleichberechtigt am politischen und gesellschaftlichen Leben zu partizipieren.

Dieser Anspruch blieb auch in den Jahren der Weimarer Republik erhalten, obgleich sich seit dem Ende des

Ersten Weltkriegs der bereits virulente Antisemitismus durch das aggressive Auftreten völkischer Gruppierungen erheblich verschärfte. Dennoch wuchs bis 1930 die Zahl der in Essen lebenden Juden auf 5.000. Zudem entwickelte sich in der Stadt eine breit gefächerte jüdische Kultur. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 begann freilich auch in Essen die kontinuierliche Entrechtung der Juden, die im Novemberpogrom 1938 ihren vorläufigen Höhepunkt fand. In der Nacht vom 9. auf den 10. November stürmten SA- bzw. SS-Kommandos die Synagoge und zündeten sie an. Zwar wurde das Innere der Räume durch die Brände beschädigt, aufgrund der massiven Bauweise überstand das Gebäude jedoch die Zerstörungswut der Nazis

wie auch die Bombardierungen der Stadt durch die Alliierten.

Nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches" erhob sich die ehemalige Synagoge wie ein Mahnmal aus der Trümmerlandschaft der Essener Innenstadt. Als solches wurde das Gebäude jedoch weder in der Nachkriegszeit noch in den folgenden Jahrzehnten wahrgenommen. Sowohl das Wissen um die vielschichtige jüdische Kultur, die für Essen charakteristisch gewesen war, als auch die Erinnerung an die Ermordung von mindestens 2.500 jüdischen Bürgern fanden bis zum Ende der 1970er Jahre keine Verankerung im Gedächtnis der Stadt.

Sprachloses Gedenken

Die jüdische Gemeinde in Essen war durch den NS nahezu vollständig zerstört worden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit konstituierte sich zwar eine neue Gemeinde, der jedoch lediglich 150 Personen, meist Flüchtlinge oder Überlebende der Shoah aus Osteuropa angehörten. Ansprüche auf

die ehemalige Synagoge erhob sie nicht. Es fehlten die Mitglieder, um das Gebäude zu füllen. Außerdem stand die vorwiegend osteuropäisch geprägte Gemeinde mit ihren eigenen Traditionsbezügen dem repräsentativen Bauwerk distanziert gegenüber.

Ein erster Gedenkort für die ermordeten jüdischen Bürger Essens entstand auf Initiative der Stadt. Im Frühjahr 1949 wurde vor der ehemaligen Synagoge ein steinerner Sarkophag aufgestellt, der mit einem Davidstern und der Inschrift: "Mehr als 2.500 Juden der Stadt Essen mussten in den Jahren 1933-1945 ihr Leben lassen" versehen war. Die Gestaltung dieses Erinnerungszeichens folgte dabei den seit den späten 1940er Jahren charakteristischen ikonografischen und sprachlichen Formen des Gedenkens, die von den konkreten NS-Verbrechen stark abstrahierten. Dies galt auch für eine weitere, während der 1950er Jahre an der Seitenfassade des Gebäudes angebrachte Gedenktafel, auf der es hieß: "Dieses Haus, die ehemalige Synagoge der jüdischen Gemeinde, ist ein stummer Zeuge eines furchtbaren Geschehens, das wiedergutzumachen uns allen aufgetragen ist." Vorstellungen darüber, wie die konstatierte "stumme" Zeugenschaft des Bauwerks für die weiterhin nebulös als "furchtbares Geschehen" umschriebenen Verbrechen zum Sprechen gebracht werden könnte, existierten indessen nicht.

Geschichtspolitische Neuerfindung

Die städtische Geschichtspolitik zielte in den 1950er und 1960er Jahren darauf ab, Essen als moderne Ruhrgebietsmetropole zu entwerfen und dieses Image historisch zu fundieren. Tatsächlich erlebte die Stadt im Kontext des "Wirtschaftswunders" einen signifikanten Aufschwung. Die im Zweiten Weltkrieg größtenteils zerstörte Innenstadt wurde gemäß den Anforderungen des rasant zunehmenden Straßenverkehrs wieder aufgebaut. Handel und Konsum lösten Bergbau und Schwerindustrie als

wichtigsten Wirtschaftsfaktor ab. Essen präsentierte sich nicht mehr als "Waffenschmiede des Reiches", sondern als "Einkaufsstadt". Im Rahmen dieser "Neuerfindung" wurde die Vergangenheit nicht vollständig verdrängt, sondern selektiv angeeignet, um eine für die Mehrheitsbevölkerung identifikationsfähige Basiserzählung zu schaffen. Als negativer Referenzpunkt galt gemeinhin das "Inferno des Bombenkriegs". Die Leistungen des Wiederaufbaus wurden hingegen mit dem Verweis auf die vermeintlich unbelasteten Traditionen gefeiert, die Essen als "Stadt der Arbeit" verklärten. Dass es vor allem der Topos der "deutschen Qualitätsarbeit" gewesen war, der im NS eine besonders integrierende Wirkung entfaltet hatte, blieb in dieser Sichtweise unbeachtet. Gleichzeitig waren Versuche zu beobachten, die NS-Zeit aus der Stadtgeschichte herauszudefinieren. Beispielsweise wurde das Opernhaus im Jahr 1950 mit dem Slogan: "Essen soll wieder Essen werden" wiedereröffnet. Das Motto legte, wie der Historiker **Peter Schwiderowski** treffend bemerkt hat, die Interpretation nahe, "dass die Zeit des Nationalsozialismus und ihre Folgen nur als Unterbrechung positiver stadthistorischer Traditionen anzusehen sei."

Die geschichtspolitische Neuerfindung Essens im Zeichen des Wirtschaftswunders sollte auch Auswirkungen auf den Umgang mit der ehemaligen Synagoge haben. Im Jahr 1959 hatte die Stadt das Gebäude erworben, um es nur wenige Monate später mietfrei dem "Haus Industrieform" zu überlassen, das in den Räumen eine Dauerausstellung über zeitgenössisches Industriedesign unterbrachte. Im Zuge von Umbaumaßnahmen wurde die Kuppel durch eine zusätzlich eingezogene Decke verhängt, der originale Toraschrein entfernt. Auch sonst sollte nichts an die frühere Funktion des Gebäudes erinnern.

Antitotalitäre oder antifaschistische Erinnerung?

Die Konfliktlinien des Kalten Krieges bildeten einen weiteren Aspekt, der die Erinnerung an die Shoah und deren Opfer marginalisierte. Die erinnerungskulturellen Auseinandersetzungen entzündeten sich bis in die späten 1970er Jahre regelmäßig an den unterschiedlichen Initiativen, auf dem zentral gelegenen Burgplatz ein Mahnmal zu errichten, das gleichermaßen den "Gefallenen des Krieges", den "Opfern des Dritten Reichs" oder schlicht "allen Opfern der Vergangenheit" gewidmet sein sollte. Diese nivellierenden und totalitarismustheoretische Deutungsmuster riefen wiederholt die Proteste der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN) hervor, die vor dem Missbrauch des Mahnmals als "Kultstätte des Kalten Krieges und der zahlreichen Organisationen ehemaliger SS-Leute und unverbesserlicher Nazis" warnte. Allerdings fanden in den 1950er und 1960er Jahren die Interventionen der als kommunistisch beeinflusst geltenden VVN in einem vorwiegend antikommunistisch aufgeladenen politischen Klima nur wenig Aufmerksamkeit.

Doch auch die erinnerungskulturellen Vorstöße der VVN wiesen blinde Flecken auf. So schienen die jüdischen Opfer der NS-Vernichtungspolitik in der Wahrnehmung der Organisation deutlich hinter der identitätsstiftenden Erinnerung an den sozialistischen bzw. kommunistischen Widerstand gegen das NS-Regime zu rangieren. **Ernst Schmidt**, langjähriger Aktivist der VVN in Essen, resümiert im Rückblick abwägend: "In der Bundesrepublik zählte anfänglich zum Widerstand im Grunde genommen immer nur das gescheiterte Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944. Der Arbeiterwiderstand wurde verschwiegen oder nur am Rande erwähnt. Diese Tatsache mag als Ursache dafür gelten, dass die VVN, aber auch ich ihn überbetonten. Das mag unser Verhalten erklären, nicht aber entschuldigen."

Städtisches Gedächtnis im Wandel

Die hier skizzierte geschichtspolitische Matrix, die das städtische Gedächtnis für nahezu ein Vierteljahrhundert geprägt hatte, verlor seit Mitte der 1970er Jahre an Bedeutung. In Essen, wie auch anderswo, setzte eine kritische Beschäftigung mit der lokalen Geschichte ein. Impulse gingen hier zum einen von engagierten Studierenden an den neu gegründeten Universitäten wie etwa Bochum und Essen aus, zum anderen machten sich nicht akademisch gebildete, so genannte Barfußhistoriker daran, die NS-Geschichte "vor Ort" meist unter dem Fokus "Verfolgung und Widerstand" der Arbeiterbewegung zu erforschen. Zwar lag auch diesen Untersuchungen nicht selten die Intention einer positiven linken Traditionsbildung zugrunde, deren empirische Ergebnisse trugen jedoch dazu bei, die historischen Kenntnisse über nationalsozialistische Herrschafts- und Verfolgungspraktiken zu erweitern.

Zudem rückte mit der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie "Holocaust" im Januar 1979 die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung ins öffentliche Bewusstsein. Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende des "Dritten Reichs" wurden verstärkt Fragen nach den Tätern und Opfern des Massenmords aufgeworfen.

Gleichzeitig wuchs die Kritik an den Leerstellen der städtischen Erinnerungskultur. Bereits im November 1978 hatte der SPD-Landtagsabgeordnete **Johannes Gorlas** die verschleierte Inschrift auf dem Sarkophag vor der ehemaligen Synagoge als "gefährliche Verharmlosung" bezeichnet. Im gleichen Monat regten die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Essen-Nord sowie die Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit an, in dem Gebäude eine Gedenkstätte einzurichten. Es war jedoch ein Zufall, der die Umgestaltung des Ortes zur Gedenkstätte wesentlich beschleunigte. Am 18. Januar 1979 zerstörte ein durch einen

Kurzschluss ausgelöster Brand große Teile der im "Haus Industrieform" gezeigten Dauerausstellung. Unter dem Eindruck einer wachsenden gesellschaftlichen Sensibilisierung hinsichtlich der NS-Vergangenheit beschloss die Stadt, in dem Gebäude unter dem Namen "Alte Synagoge" eine Mahn- und Gedenkstätte sowie ein historisch-politisches Dokumentationsforum zu schaffen. Die Einrichtung wurde am 9. November 1980 eröffnet und konnte binnen eines Monats mehr als 20.000 Besucher verzeichnen.

Haus der jüdischen Kultur – Haus der Essener Geschichte

Wenn auch die Gründung der Alten Synagoge eine Zäsur für die Erinnerungskultur der Stadt bedeutete, blieb die Darstellung der Shoah zunächst ein Randaspekt der Dauerausstellung "Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945". Erst seit 1986 rückte die jüdische Geschichte Essens ins Zentrum der Einrichtung. Mit einer Reihe von Umbaumaßnahmen wurden der jüdische Charakter des Hauses und dessen ursprüngliche Funktion wieder hervorgehoben. Zudem eröffnete im November 1988 im Hauptraum des Gebäudes eine Dauerausstellung, die sich den "Stationen jüdischen Lebens. Von der Emanzipation bis zur Gegenwart" widmete.

In dieser neuen Schwerpunktsetzung spiegelten sich erinnerungskulturelle Paradigmen, die seit den 1990er Jahren an Bedeutung gewinnen sollten. Erstens rückte die in der Shoah gipfelnde Vernichtungspolitik des NS ins Zentrum historiografischer Deutungsmuster, während die lange vorherrschende Konzentration auf den politischen Unterdrückungscharakter der NS-Herrschaft an Einfluss verlor.

Zweitens machten neue Forschungen zu Gewalt- und Herrschaftspraktiken im Nationalsozialismus auf die bereitwilligen Formen des "Hinnehmen und Mitmachen der Vielen" (**Alf Lüdtke**) aufmerksam, die in den dichotomen Erzählmustern von "Verfolgung" und "Widerstand" nicht auf-

gehen. Drittens vollzog sich eine Erweiterung der Perspektive in der Beschäftigung mit jüdischer Geschichte in Deutschland. Diese ist nicht mehr nur auf die Shoah oder liturgisch-religiöse Themen fokussiert, sondern nimmt die vielschichtigen beziehungs-geschichtlichen Aspekte zwischen Juden und nicht-jüdischer Mehrheitsgesellschaft in den Blick.

Die erinnerungskulturelle Landschaft ist daher auch in Essen im Umbruch. Zwei große Projekte sind in Vorbereitung, die die geschilderten Entwicklungen aufgreifen. Zum einen wird derzeit die Alte Synagoge zum "Haus der jüdischen Kultur" umgestaltet. Im Zentrum der vorgesehenen Dauerausstellungen sollen die historisch wie aktuell vielfältige Ausdrucksformen des jüdischen "Way of Life" stehen. Zum anderen entsteht in der früheren Luisenschule nur wenige Schritte vom Hauptbahnhof entfernt das "Haus der Essener Geschichte", dessen Kern eine vollkommen neu entworfene Dauerausstellung über "Essen im Nationalsozialismus" bilden wird. Am "authentischen Ort" – das Gebäude und der Keller wurden in der NS-Zeit zur Unterbringung von Zwangsarbeitern und als Luftschutzräume genutzt – soll die Präsentation "das Gesamtspektrum städtischen Lebens", insbesondere "die Situation der Frauen, Kinder und Jugendlichen unter nationalsozialistischer Herrschaft" multiperspektivisch darstellen.

Die Planungen sehen vor, dass beide Häuser zum Jahr 2010 eröffnet werden. Die Ansprüche an die Einrichtungen und die mediale Aufmerksamkeit, die sie im Hinblick auf dieses Datum erfahren, sind hoch und durchaus zwiespältig. Einerseits stellt allein deren Existenz angesichts der jahrzehntelangen Leerstellen und blinden Flecken im Gedächtnis der Stadt einen Erfolg dar. Andererseits dürfen die erinnerungskulturellen Großprojekte in Essen nicht darüber hinweg täuschen, dass es um die Ausstattung anderer NS-Gedenkstätten und historisch-politischer Lernorte in NRW nach wie vor schlecht bestellt ist. ★